

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 192-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

30. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstags 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Kuhmanns Gedächtnisschwäche.

Die Geldgeber melden sich.

Uns wird geschrieben: Wer die Berichtigung des Herrn Kuhmann an den „Vorwärts“ liest, der muß glauben, daß Herr Kuhmann sonst so gutes Gedächtnis plötzlich schwach geworden sei. Erinnert sich Herr Kuhmann, der jetzt alle Beziehungen ableugnet, auch nicht mehr an jene Konferenz, die am 4. März in der Bierneipe, Bülowstr. 74, zwischen ihm, Knoll und einigen weiteren Angestellten des Bureaus stattgefunden hat? Es wurden in dieser Konferenz dem Kranz darüber Vorhaltungen gemacht, daß er in seinen Händen befindliche Material betr. Deutsche Werte so langsam aufarbeite, obwohl er — außer einer bereits erfolgten Anzahlung — nochmals 2000 M. von Herrn Bacmeister („Bergisch-Märkische Zeitung“) empfangen habe. Es war Kuhmann selber, der diese Vorwürfe erhob. Kranz erwiderte, ziemlich höhnisch, wie Herr Kuhmann denn als Staatsanwalt dazu komme, Rechenschaft über Gelder zu fordern, die Politiker gegeben hätten? Außerdem habe er, Kranz, die 2000 M. auch gar nicht bekommen, diese seien vielmehr an Kautter (den Mann der Ehrhardt-Brigade) gegangen. Darauf verabschiedete sich Herr Kuhmann mit der Drohung, er würde Kautter verhaften lassen.

Nunmehr wurde mit Kautter in Verhandlungen eingetreten. Dieser erklärte jedoch mit Seelenruhe, man solle ihn nur ruhig verhaften. Er würde sich — den Rechtsanwalt Werthauer zum Verteidiger nehmen! Dann würde wohl

die ganze Schweinerei ans Tageslicht kommen.

Hierauf war Herr Kuhmann, der „Meine Napoleon“ nicht gefoht gewesen und trat einen strategischen Rückzug an. Es intervenierte dann noch ein bekannter Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ und beschwor die Herren, sich doch zu einigen, worauf dann die Sache schließlich beigelegt wurde.

Wir wollen dem gedächtnisschwachen Herrn Kuhmann auch noch etwas weiter helfen: Durch das Bureau Kluge-Knoll sind auch Abschriften aus den

Akten des Preussischen Ministeriums des Innern.

und zwar aus dem Dezernat des Ministerialdirigenten Abegg unbesucht veröffentlicht worden. Diese Akten betrafen 1. die Durchreise der Eltern Barmats von Rumänien durch Deutschland nach Holland, 2. eine Auskunfts des deutschen Generalkonsulats in Holland über Barmat. Beide Dokumente haben im Barmat-Ausschuss eine gewisse Rolle gespielt.

Die Veröffentlichung der Durchreiseangelegenheit erfolgte zu einem ganz bestimmten Zweck. Es war kurz zuvor von dem Bureau des Reichspräsidenten der Presse erklärt worden, daß keine Beziehungen zwischen Ebert und Barmat bestanden hätten. Mit diesem Dokument, das nach außen hin bei böswilliger Auslegung den Anschein einer solchen Beziehung erwecken konnte, sollte nun ein

Schlag gegen den damaligen Reichspräsidenten

geführt werden. Die Sache wurde zwischen Knoll und Kuhmann besprochen — und kurze Zeit darauf befand sich Knoll im Besitz der Abschriften! Auch aus diesen Abschriften läßt sich an gewissen Merkmalen nachweisen, daß sie bei der Staatsanwaltschaft hergestellt worden sind.

Schließlich wollen wir auch, um Herrn Kuhmanns Gedächtnis aufzufrischen, die Vorgeschichte der Verhaftung Höfles aufhellen. Bei Höfle wurde bekanntlich zunächst eine Hausdurchsuchung durch Staatsanwaltschaftsrat Pelzer veranlaßt, der ein Artikel in der „Deutschen Zeitung“ vorangegangen war mit der Überschrift: „Nächtliche Akzenttransporte“. Dieser Artikel behauptete, daß Höfle wichtige Aktenstücke in die Villa seines Nachbarn Schondorf zur Verbrennung in dessen Schrotladefabrik hätte bringen lassen. Im Höfle-Ausschuss wurde festgestellt, daß in Wahrheit Höfle nach erfolgter Unterniederlegung durch das Auto seines Nachbarn und Freundes Schondorf nur völlig unerschütterliche Privatpapiere aus dem Ministerium hat in seine Wohnung bringen lassen. Immerhin bildeten die erlogenen Behauptungen dieses Artikels noch die Grundlage für den späteren Haftbefehl gegen Höfle, soweit dieser sich auf Verdunkelungsgefahr stützte.

Diesen Artikel hatte von Sodenstern auf Veranlassung Kluge-Knolls in die „Deutsche Zeitung“ gefoht. Als er wegen dieses Artikels später von Staatsanwaltschaftsrat Pelzer vernommen wurde, hatte Sodenstern große Angst, weil er sich nicht auf Kluge beziehen durfte und sagte nichts aus. Das Entscheidende der Sache aber ist, daß Kluge seinerseits die Kollz nach den Direktiven der Staatsanwaltschaft gefertigt hat, damit diese einen Vorwand hätte, Verdunkelungsgefahr zu behaupten. Es ist denn auch im höchsten Maße auffällig, das Staatsanwaltschaftsrat Pelzer, obwohl die Vernehmung Sodensterns über den Artikel völlig negativ ausfiel, trotzdem auf Grund dieser von ihrem eigenen Urheber nicht bestätigten Zeitungsnachricht hin die Hausdurchsuchung unternahm.

Warum hat übrigens Herr Staatsanwaltschaftsrat Pelzer bei seiner eidlischen Vernehmung vor dem Höfle-Ausschuss die Vernehmung des Herrn v. Sodenstern nicht erwähnt? Glaubte er auch, daß das nicht zur Sache gehörte?, wie das bekannte Weinedlerverfahren gegen Höfle, von dem er auch bei seiner ersten Aussage völlig geschwiegen hatte, und von dem es dann erst wochenlang später redete, als die Sache dem Ausschuss durch einen Dokumentenfund inzwischen bekannt geworden war?

Ein Finanzier der Verleumdung.

Herr Bacmeister erklärt.

Der Herausgeber der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, Herr B. Bacmeister, erklärt in der „Deutschen Zeitung“ eine Erklärung, in der er zugibt:

Daß ich mich persönlich sehr rege an den Aufklärungsarbeiten beteiligt habe, ist durchaus richtig. Richtig ist auch, daß ich mir Mittel beschafft habe, um Persönlichkeiten, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den sehr schwierigen Dienst der Aufklärung stellen zu können. Zu diesen Persönlichkeiten gehört auch jener Herr Knoll, der mir als ein befähigter kaufmännischer Revisor empfohlen wurde. Die Geldbeschaffung für den Kampf gegen die deutsche Korruption war für mich nichts wie eine nationale Pflicht, die ich auch weiterhin erfüllen werde.

Inwiefern der Herr Knoll Beziehungen zur Staatsanwaltschaft gehabt hat, vermag ich nicht klar zu beurteilen. Mit einem der Herren verband ihn, wie er mir gelegentlich sagte, seit vielen Jahren eine persönliche Freundschaft. Möglich also, daß die Staatsanwaltschaft Kenntnis von dem durch Knoll und seine Mitarbeiter geleisteten Teil der Aufklärungsarbeit erhalten und daß Knoll auch die Arbeiten der Staatsanwaltschaft zu unterstützen versucht hat.

Wenn es Herrn Bacmeister so sehr um „Aufklärung“ zu tun ist, so kann er über die Mitteilungen des „Vorwärts“ doch nur erfreut sein. Jedenfalls ist bis jetzt durch Uebereinstimmung der Aussagen von beiden Seiten festgestellt, daß es deutschnationale Bureaus gibt, die zum Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie angelegtes „Korruptionsmaterial“ sammeln, und daß zwischen diesen Bureaus und der Staatsanwaltschaft ein Verhältnis der persönlichen Freundschaft und der Zusammenarbeit bestand. Gegenstand der eingeleiteten Untersuchung ist die Frage, inwiefern sich die Staatsanwaltschaft infolge dieser Beziehungen von dem Wege der vollkommenen Unparteilichkeit und Objektivität entfernte, der ihr durch ihre Pflicht vorgezeichnet ist.

Die von den Herren Bacmeister und Leopold unterhaltenen „Aufklärungsbureaus“ dienen — das wird doch niemand zu leugnen versuchen — dem Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist die Feststellung der Wahrheit. Auf die Wahrheit ist es aber den sogenannten „Aufklärungsbureaus“ zu allererst angekommen. Die Leute, die in diesen Bureaus beschäftigt wurden, werden von Herrn Bacmeister ebenso herablassend wie schonend als „Persönlichkeiten“ bezeichnet, „die von ihrer Arbeit leben müssen“. Daß muß Herr Bacmeister offenbar nicht. Aber im Namen derer, die wirklich von ihrer Arbeit leben, müssen wir gegen ihre Gleichstellung mit den Angestellten der Herrn Bacmeister protestieren. Leute, die von ehrlicher Arbeit leben, waren diese Angestellten nicht. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, sich nur den Freund Kuhmanns, den Herrn Knoll-Klausung-Dr. Kluge vorstellen, den Mann mit dem falschen Dokortitel und dem schleunigen Namenswechsel im Fall einer drohenden strafrechtlichen Untersuchung. Oder jenen Egozisten Wolfgang Breithaupt, der erst jüngst vom Oberfinanzrat Bang in der „Deutschen Zeitung“ als tapferer Wahrheitskfinder gefeiert wurde.

Die enge Verbindung mit solchen Bureaus und solchen Leuten konnte weder der Staatsanwaltschaft zur Ehre gereichen noch dem Zweck dienen, die Wahrheit zu finden. Die Staatsanwaltschaft mußte selbstverständlich alle ihr zugehenden Anzeigen sorgfältig prüfen, aber sie mußte gegenüber den Bureaus des Herrn Bacmeister Distanz halten. Statt dessen haben sich einzelne Beamte geradezu als ausführende Organe jener deutschnationalen Standalbureaus betätigt. Sie haben dadurch ihre Pflicht größtenteils verfehlt.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Regierungsbloch lehnt ab.

Die Meldung in der Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts“ über eine beabsichtigte Erhöhung der Beamtengehälter 1 bis 6 um 12 Proz., für die übrigen Gruppen um 10 Proz. ist unrichtig. Tatsache ist, daß der Haushaltsausschuss des Reichstages sowohl gestern bei der Beratung des Etatsgesetzes für 1925, als auch heute bei Beratung des Notetats den sozialdemokratischen Antrag, den Zuschlag zum Grundgehalt der Gruppen 1 bis 7 von 12% auf 20 Proz. zu erhöhen oder diesen Beamten eine einmalige Wirtschaftskrisenbeihilfe von 100 M. zu gewähren, abgelehnt hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Antrag bei der Beratung des Notetats im Plenum des Reichstages wiederholen.

Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, den Notetat nur bis zum 8. August zu verlängern. Die Regierungsparteien beschloßen, den Termin für den Ablauf des Notetats bis zum 30. November d. J. hinauszuschieben.

Zuletzt wird vom 1. August ab auf Antrag der Sozialdemokraten das volle gesetzliche Wohnungsgeld (bisher 95 Proz.) gezahlt und der Reichsfinanzminister ermächtigt, darüber hinauszugehen, wenn neue Miesterhöhungen das erforderlich machen.

Unbestrafte Steuerfabotage.

Großagrariar auf der Anklagebank.

Anfang August 1923, unter der Herrschaft der Gum, Beder und Hermes, überschlugen sich die Bogen der Inflation. Die gewaltige Erregung breiter Massen der Bevölkerung zwang die Regierung zu Notmaßnahmen. Einmütig bewilligte der Reichstag innerhalb 24 Stunden neue Steuern. Selbst die Großagrariar unter der Führung Helfferichs stimmten der Erhebung der Landabgabe zu. Aber kaum 48 Stunden waren vergangen, da reute es sie, daß sie sich bereit erklärt hatten, auch einmal Steuern zu bezahlen. Und dieselben Helfferich und Bestarp, die am 11. August feierlichst gelobten, dem Reich aus der Finanznot herauszuhelfen, organisierten wenige Tage später mit Hilfe der Führer der Landwirtschaft einen Feldzug gegen diese Steuern.

Dieser organisierte Steuerstreik wurde so stark, daß die Regierung Stresemann sich gezwungen sah, im September 1923 durch eine Verordnung die Aufhebung der Verweigerung der Steuerpflicht mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Monat zu bedrohen. Außerdem war vorgesehen, daß auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann und die Verurteilung öffentlich bekanntzumachen ist. Trotz dieser noch bestehenden Verordnung und trotz des erheblichen Abbaus der Steuern für die Landwirtschaft sind noch in der jüngsten Zeit Fälle bekannt geworden, daß Führer des Landbundes zur Steuererweigerung aufgefordert haben.

Auf Verlangen der Sozialdemokratie hat die Reichsregierung dem Steueraussschuß des Reichstages Uebersichten über die Strafverfahren und Verurteilungen vorgelegt, die auf Grund dieser Verordnung vom September 1923 veranlaßt worden sind. Ihre Ergebnisse sind über aus bemerkenswert. Sie geben Veranlassung zu einer Betrachtung nach drei Richtungen hin: erstens zur Untersuchung der Frage, wie die gegenwärtige Regierung zu diesen offensibaren Steuerfabotageuren steht, zweitens, aus welchen Berufsrichtungen die Steuerfabotageure stammen, und drittens, wie die Gerichte sich zu ihren staatsfeindlichen Handlungen gestellt haben.

Die Frage, wie die Reichsregierung zu diesen Steuerfabotageuren steht, ist sicherlich die interessanteste. Wiederholt hat sie erklärt, daß eines ihrer obersten Ziele die Hebung der Steuermoral sei. Die Tatsachen aber lehren, daß es ihr mit dieser Verheißung nicht ernst ist. Die Uebersichten der Reichsregierung, verschweigen nämlich sorgfältig Namen und Wohnort der Angeklagten. Trotzdem im Steueraussschuß des Reichstags darauf hingewiesen wurde, daß einzelne der Namen durch die Berichte über die Prozesse bekannt geworden seien, hat die Regierung sich geweigert, die Zusammenstellung mit Namen und Wohnort zu versehen. Ein solches Verhalten steht unter jeder sachlichen Kritik. Es widerspricht der Offenheit unseres Gerichtswesens und steht einer Insichnahme der Steuerfabotageure, die meistens aus gewinnstüchtigen Motiven handeln, außerordentlich ähnlich.

Verständlich wird dieses Verhalten überhaupt erst, wenn man aus den Uebersichten entnimmt, daß die allermeisten Angeklagten Großagrariar sind und als Leiter von Landbundorganisationen großen politischen Einfluß haben. Mit diesen Kreisen will es die Regierung natürlich nicht verderben. Sie sind ja ihre Träger und Herren. Der Schuß und die Hebung der Steuermoral macht vor ihnen halt. Ihnen ist erlaubt, was anderen bei strenger Strafe verboten ist. Es wird wohl auch kaum bestritten werden, daß die Regierung etwas weniger Rücksicht genommen hätte, wenn es sich nicht um Rittergutsbesitzer, sondern um Arbeiter handeln würde. Wir wollen einmal sehen, wie ein Gewerkschaftssekretär angeprangert werden würde, wenn er zur Nichtzahlung der Lohnsteuer aufgefordert hätte.

Am schlimmsten aber ist das Verhalten der Gerichte. Die Verordnung vom September 1923 sah ausdrücklich als Mindeststrafe einen Monat Gefängnis vor. Und nur neben Gefängnis sollte auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden können. Trotzdem ist in den dreizehn Fällen, über die die Regierung Auskunft gibt, und die zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt haben, nur in einem Fall auf Gefängnis erkannt und keine Bewährungsfrist zugestanden worden. In allen anderen Fällen wurden die Gefängnisstrafen in zum Teil lächerlich niedrige Geldstrafen umgewandelt oder Bewährungsfrist gewährt. Wie skandalös das Verhalten der Gerichte ist, zeigen folgende Auszüge aus der amtlichen Uebersicht:

1. Ein Rittergutsbesitzer fordert in einer Versammlung des Landbundes die Teilnehmer auf, vom nächsten Tage ab bis auf weiteres keinen Pfennig Steuern mehr zu zahlen. Er wird in zwei Fällen rechtskräftig verurteilt, aber statt der an sich verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von insgesamt 2400 Mark verurteilt.
2. Ein Rittergutsbesitzer fordert in einer Versammlung des Kreislandbundes die Landwirte auf, keine Steuern mehr zu bezahlen. In Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten wird er zu einer Geldstrafe von insgesamt 600 Mark verurteilt.
3. Derselbe Tatbestand bei einem Geschäftsführer des Kreislandbundes führt zu einer Verurteilung von insgesamt 300 Mark Geldstrafe.
4. Ein Gutspächter wird wegen Steuerfabotage und Vergeben gegen § 111 StGB. (Aufschiebung zu strafbaren Handlungen) mit einer Geldstrafe von 600 Mark belegt.

4. Der Schaffsticker einer Zeitung wird wegen öffentlicher Auf- forderung zum passiven Widerstand gegen die Finanzämter zu einer Geldstrafe von 40 Mark verurteilt.

So und ähnlich liegen alle Fälle, in denen es überhaupt zu einer Verurteilung kam. Daneben aber gibt es zahlreiche Fälle, in denen die Anklagebehörden von vornherein den Aus- sichten der Beschuldigten Glauben schenken und überhaupt keine Anklage erheben.

Trotz der offensichtlich systematisch betriebenen Steuerhebe hat also die Verordnung vom September 1923 keinerlei Erfolg gehabt. Die Gerichte, weit entfernt davon, in der Verweigerung zur Entrichtung der Steuer- leistung ein moralisch und politisch gleich verderbliches Be- ginnen zu sehen, haben eine Milde walten lassen, die nicht nur im schärfsten Widerspruch zu den Absichten der Verordnung, sondern auch zu dem öffentlichen Bewußtsein steht.

Andere und zweckdienliche Mittel sind deshalb zur Bekämpfung der Steuerfabri- kation und der niedrigen Steuermoral not- wendig. In der Offenlegung der Steuerlisten ist ein solches geeignetes Mittel zu erblicken. Sie zwingt den unehrlichen Steuerzahler zur Ehrlichkeit. Sie schützt den ehrlichen Steuerzahler vor der Schädigung durch die gewissen- losen Elemente, die dem Staat die Leistungen vorenthalten. Sie ermöglicht die allgemeine Milderung des Steuerdrucks, sofern jeder die Lasten trägt, die der Staat ihm auferlegt.

Die Offenlegung der Steuerlisten ist deshalb keine aus- agitorischen Erwägungen entstandene Forderung. Wird durch diese vorbeugende Maßnahme der Ertrag der Steuern gesteigert, so haben alle Kreise des deutschen Volkes davon Nutzen. Ebenso wie der Abbau der Lohn- und Ver- brauchsbesteuerung kann ein Abbau der Besteuerung des Besitzes erfolgen. Trotz alledem leisten die Regierungs- parteien dieser Forderung entschiedensten Widerstand. Es ist ihnen also mit der Hebung der Steuer- moral nicht ernst. Lieber lassen sie es bei dem heutigen Steuerbetrag, der alle ehrlichen Kreise der Steuerzahler schädigt, als daß sie sich zu einer Tat aufraffen, die zwar manchem un bequem ist, aber eine wirkliche Steuerehrlichkeit herbeiführt.

Die Abstimmungsmaschine.

Die zweite Lesung der Zollvorlage.

Heute vormittag begann im zollpolitischen Ausschuß des Reichs- tages die zweite Lesung der Zollvorlage, zu der ein Antrag der Kompromissparteien vorlag, wonach der Reichs- finanzminister den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zoll- gesetzes bestimmen darf. Das Gesetz als Ganzes soll spätestens vom 1. Oktober 1925 an Geltung haben. Auf eine Anfrage der Ge- nossen Sender ließ die Regierung erklären, daß die Lebensmittel- zölle schon vierzehn Tage nach der Verkündung Geltung bekommen sollen, während der übrige Zolltarif am 1. Oktober in Kraft treten soll. Der Einspruch der Oppositionsparteien wurde von der Reichsmehrheit programmgemäß niedergestimmt.

In der zweiten Lesung wurde sodann die Frage der Agrar- zölle und teilweise auch die der Industriezölle behandelt. Unsere Genossen hatten dabei Gelegenheit, mit größtem Nachdruck gegen die Hochschutzzollpolitik aufzutreten. Sie loten das, ohne bei der Mehrheit, der jeder Wille zu sachlicher Politik abgeht, irgendwelches Verständnis zu finden. Wir kommen auf diese sachlichen Beratungen noch in unserem Morgenblatt zurück.

Demokraten gegen Zollvorlage.

Eine Protestkundgebung.

In den Sophienkassen fand gestern Abend eine große Kund- gebung der Demokratischen Partei gegen die Zollvorlage statt, auf der Reichsminister a. D. Koch, Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders und Professor Bonn die Referate hielten. Die

Von „Neuer Sachlichkeit“.

Eine Ausstellung der Kunstschule in Mannheim.

Einen richtigen Namen hat man noch nicht dafür; die schöne Ausstellung der Mannheimer Kunstschule, die erstmalig alle Kräfte der Bewegung in musterhafter Aufmachung zusammenfaßt, nennt das Phänomen „Neue Sachlichkeit“; in der spärlichen Literatur wurde sie meist „Realismus“ genannt. Aber es ist gut, daß erst die Sache selber da ist; die Begriffsbezeichnung wird sich schon noch einstellen, sie ist nicht so wichtig.

Diese Künstler haben eine stärkere Beziehung zur Welt des proletariats als irgendeine bisherige Richtung. Revolutionäre und proletarische Dinge sind freilich schon von Käthe Kollwitz, Steinlen, Jüke und anderen dargestellt worden. Hier handelt es sich aber um mehr; um die geistige Einstellung der jungen Generation zu den Tat- sachen der Gegenwart; zu Krieg, Kapitalismus, zu militärischen und bürgerlichen Egzessen. Auch da, wo der Gegenstand unmittelbar diesen Komplexen entnommen ist.

Die Kunst des sogenannten Expressionismus hat sich nur in Ausnahmefällen mit dem Regativen der kapitalistischen Weltordnung befaßt. Ihr Reich war nicht von dieser Welt; sie hatten genug zu tun, die Visionen ihrer eigenen ausgewählten Empfindung zu fixieren, Natur und Mensch und Ueberweltliches in eine milde Malerei zu fassen, die sich bis zu gegenstandslosem Abstraktem ent- fernete. Sie war subjektiv und weisfremd (visionär) in höchstem Grade. Jetzt aber kehren die Künstler zur Wirklichkeit zurück, und sie sehen, daß es da wenig Schönes gibt, wenn man tiefer in sie eindringt. Sie wollen die Wahrheit widerspiegeln (deshalb nennt man sie Realisten, Wahrheitslucher) und erkennen, daß objektive Wiedergabe des Seienden die wichtigste Aufgabe des Tages ist. So wenigstens in Deutschland, dessen Schicksal ihnen allerdings auch allen Grund zu so skeptischer Einstellung gegeben hat.

Die Ausstellung in der Mannheimer Kunstschule (die damit wieder einmal Berlin um viele Pferdelängen voraus ist) um- faßt allerdings noch mehr. Sie begreift unter der neuen Sachlichkeit auch die große Zahl jener Künstler, die Landschaft, Stillleben, Menschen- bildnis in einer klaren plastischen Genauigkeit, mit präziser Wieder- gabe im Räumlichen schildern und damit allerdings wohl den Namen einer neuen Sachlichkeit in besonderem Maße verdient. Hier wären vor allem zu nennen Georg Schrimpf und Al. Kandl in München, welche die stille idyllische Existenz von Mensch, Land- schaft, Pflanze und toter Natur in den Bilderrahmen fassen, Kay H. Rebel, Döringhausen und Menze, die ausgere- teteres Geschehen gleichwohl durch die Formeln einer ungemieteten, bis zum Stahlharnen gehenden Präzision zu beruhigter Klarheit zu- sammenfassen.

Den stärksten Eindruck aber hinterlassen jene Künstler, denen die strenge Dokumentierung in der Form nur zur Feststellung der gegenwärtigen Lage dient; inwiefern sie „Sachlichkeit“ erstreben, ist darum mehr eine Form- als eine Auffassungsfrage. George Grosz & B. ist erst jetzt, in dem fabelhaften Bildnis Max Herrmanns, zu solcher Objektivität gelangt; seine Form war bisher meist die der satirischen Zeichnung und des farretierenden Aquarells. Georg Schatz freilich kann als ein Musterbeispiel schneidender

Redner wandten sich mit außerordentlicher Schärfe gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung, die nicht die nationale Arbeit, sondern in erster Linie das Kapital schützt und die deutsche Arbeit zur Konkurrenzunfähigkeit am Weltmarkt verurteilt. Schutz der nationalen Arbeit bedeute nur Schutz des Unternehmertums, d. h. hohe Preise. Der Protest wurde zusammengefaßt in einer Ent- scheidung, in der es u. a. heißt:

„Die heute Abend in den Sophienkassen von Männern und Frauen der verschiedensten Berufe stark besuchte Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei verurteilt aufs schärfste die poli- tische Behandlung der gegenwärtigen Zollvor- lage durch die Regierungsparteien, die jede Rücksicht auf die dringenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ver- missen lassen. Sie weist, sofern diese Vorlage Gesetzeskraft erhält, auf die unausbleiblichen Folgeerscheinungen, die weitere Preissteigerung, weitere Schwächung der Kaufkraft, weitere Produktionsverminderung, weitere Er- höhung der Erwerbslosenziffern hin und verlangt bei den Handelsvertragsverhandlungen von der Regierung die Herab- setzung der Zollsätze bis zu einer für Politik und Wirtschaft erträglichen Grenze.“

Völkische Befreiungsaktion.

Die Fememörder in Schwerin sollen befreit werden, wie Ehrhardt.

Der mecklenburgische Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ meldet seinem Blatte folgendes:

„Ich erfahre zuverlässig, daß gewisse Kreise beabsichtigen, die beiden im Fememordprozess zum Tode verurteilten früheren Offiziere Schoeller und Rohon aus dem Schweriner Gefängnis zu entführen. Um die beiden ebenfalls zum Tode verurteilten Blyta und Kall kümmert man sich anscheinend weniger, da sie, wie man sagt, „im Prozess umgefallen“ sein sollen. Der Entführungsplan soll bereits genau feststehen, und der Termin der „Befreiung“ ist für Anfang spätestens aber Mitte August festgesetzt. Zur Aus- führung des Planes soll eine Anzahl Personen gewonnen worden sein, die sich zum Teil bereits in der Gegend von Schwerin und Rostock aufhalten. So ist einwandfrei festgestellt, daß sich zurzeit in Rostock mehrere ehemalige bayerische Offiziere aufhalten, u. a. der Leutnant Böh, der 1923 in dem Münchner Putsch eine Rolle gespielt hat.“

Völkischer Terror.

Ein 20-jähriger Student wegen Nötigung verurteilt.

Ein völkischer Jüngling, der sich bemüht, die Rechte zu studieren, hatte Anfang 1924 einen „offenen Brief“ gegen den Chefredakteur der „Völk. Ztg.“, Georg Bernhard, losgelassen, in dem er Bernhard mit acht antisemitischen Unverschämtheiten beschimpfte. Außerdem schickte der junge Mann, der den Namen Luz trägt, einen Brief, in dem er den Empfänger drohte, er warne ihn, gegen Ludendorff weiter Stellung zu nehmen, da er „andernfalls Bernhard den Glauben nehmen“ müsse, „daß sich die Deutschvölkische Stu- dentenvereinsleitung“ (deren „Reichsführer“ der damals noch nicht zwanzigjährige Luz war), „künftig mit dieser Form der Zurechtweisung begnügen“ werde.

In erster Instanz war der Herr Studiosus hinsichtlich der ver- suchten Nötigung mit einer sonderbaren Begründung selbsterproben, wegen formaler Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gestern fand die Berufungsverhandlung statt. Das Gericht kam jetzt zur Verurteilung des Angeklagten Luz wegen Beleidigung in Tat- einheit mit versuchter Nötigung zu drei Monaten Gefängnis und billigte dem Nebenkläger Bernhard Publikationsbefugnis in der „Deutschen Zeitung“ und im „Berliner Total-Anzeiger“ zu. Das Gericht war, so führte Landgerichtsdirektor Schmidt-Bland in der Begründung aus, der Ansicht, daß versuchte Nötigung vor- liege. Der Angeklagte hatte ausdrücklich erklärt, die bisherigen Maßnahmen seien nicht mehr ausreichend. Er kann nur Tötlich- keiten gemeint haben, und zwar gefährliche oder schwere Körperverletzung. Zulässige Notwehr oder Selbsthilfe lagen nicht vor. Bei aller Berücksichtigung der Jugendlichkeit des An- geklagten erschien eine empfindliche Freiheitsstrafe angezogen.

Präzision bezeichnet werden; aber aus seinen Bildern spricht nicht die geruhige Idylle, sondern der Hohn des Sozialkritikers; und ähn- lich steht es mit K. Schlichter, Hubbuch, Otto Griebel. Eine Welt für sich ist Otto Dix, der mit grauhammer Unerbittlichkeit das Häßliche im Menschen, im Kriegs- und Dienenwesen, in allen Erscheinungen unserer Zeit zu finden weiß. Er ist in der Völkischkeit seiner Formmittel wie seiner Gegenstände wohl der härteste Bildner unserer Zeit; ein Mensch, dessen Kunstwerke wahrscheinlich die vollkommensten, die überzeugendsten Dokumente unserer letzten Zeit sein werden. Dr. Paul F. Schmidt.

Die Aufgabe.

Von Hans Bauer.

Manchesmal sieht man jugendliche Kerlchen in Sturmmützen, die mit silbernem Eichensaub garniert sind, mit dem Tornister und in Anichosen, durch die Straßen marschieren. Das sind Jungstahl- heimeleute, die zur Übung ausrücken. Man trägt Sorge: haben denn diese Kleinen auch schon ihre Schularbeiten gemacht, haben sie die Aufgaben gelöst, die der Lehrer ihnen stellte? Das haben sie wohl nicht immer. Es fehlt ihnen an Zeit dazu. Sie haben andere Aufgaben zu lösen. Nicht solche, die die Schule, sondern die ihre Bundeszeitung, „Der Stahlhelm“, ihnen aufgibt. Kürzlich war eine dieser Aufgaben folgender Art: Eine Patrouille in Stärke von sechs bis acht Mann soll lautlos einen Doppelposten erledigen, der den Auftrag hat, eine Straße in einer bestimmten Richtung zu be- obachten.

Knifflige Sache sowas! Das war noch nicht dran gewesen! Ja, wenn die Aufgabe, unter Verzicht auf die Lautlosigkeit, mit der die Tat vor sich zu gehen habe, gelautet hätte, ein Reichsminister sei zu erledigen, der im Walde einen Spaziergang macht, oder einer, der im Auto fährt, da hätte man ja Bescheid gewußt! Da hätte man ja sein Vorbild gehabt! Da wäre kein einziger Jungstahlhelmann um die Lösung verlegen gewesen. Aber hier: Ein Doppelposten — und lautlos! Wie macht man das? Nun, „Der Stahlhelm“ weiß, daß er dem Intellekt seiner Bundesmitglieder nichts Unergewöhn- liches zumuten darf. Selbst in Dingen des Mordes sind sie noch lange nicht von der erwünschten Sicherheit in der Beurteilung der Lage. Er gab deshalb gleichzeitig theoretische Anleitungen zur Lö- sung des Exempels und verlangte von seinen jungen Leuten nur die durch einen Unparteilichen auf ihr Gelingen hin zu beurteilende Uebertragung des Angriffs in die Praxis. So also wird's gemacht: Der Führer voran, schneit sich die Patrouille geräuschlos so dicht wie möglich an den Feind heran. Etwa 200 Meter von diesem ent- fernt, hinter einer kleinen Bodenwelle, wird haltgemacht. Von hier aus schleichen zwei bis drei Mann lautlos vor, springen den feind- lichen Posten aus nächster Entfernung an und erledigen ihn durch Dolchstoß. Nicht durch den selbstverständlichen, durch den der Krieg verloren wurde, sondern nur durch den, mit dem man die Legende von ihm kramphastig ausreicht erhält: mit dem garantiert lautlosen Jungstahlhelmer-Dolchstoß.

Diese werden ihrem Blatt für solcherlei Aufgaben mit Recht dankbar sein. Es besteht ein starkes Interesse an der Kenntnis der gangbarsten Abmetschungsarten. Man will doch wenigstens auf diesem Gebiet nicht Dilettant bleiben, will was lernen, will sich

dem das Gericht erblickt eine bringende Aufgabe der Rechtspflege darin, die Ausschreitungen des politischen Kampfes einzudämmen. Aus diesen Gründen wurde auf die Strafe von drei Monaten Gefängnis erkannt.

Barmats Paß.

Trotz „Fluchtverdacht“ zurückgegeben!

Im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Staatsan- waltschaft unterbreiten wir der Öffentlichkeit auch noch folgende Angelegenheit, die dringend der Klärung bedarf:

Vor einigen Wochen wurde Julius Barmat bekanntlich wegen schwerer nervöser Lähmungen aus dem Untersuchungs- gefängnis in die Charité übergeführt. Diese Ueberführung er- folgte zunächst, ohne daß der Haftbefehl als solcher aufgehoben war. Barmat lag also als Untersuchungsgefangener in der Charité. In dieser Zeit erschien ein der Staatsanwaltschaft unterstehender Kriminalbeamter bei Barmat und handigte ihm unter anderen Sachen auch seinen noch auf mehrere Wochen gültigen, mit ausländischen Visa versehenen Paß aus.

Ganz kurze Zeit darauf verhandelte das Kammergericht über die Haftbeschwerde Barmats, der es bekanntlich insoweit statt- gab, als es die Haftentlassung gegen eine verhältnismäßig geringe Kaution anordnete. In dieser Verhandlung aber bekämpfte die Staatsanwaltschaft die Haftentlassung Barmats, weil noch immer Fluchtverdacht vorliege. (Bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft den Fluchtverdacht auch damit begründet, daß Barmat nach — Sowjet-Rußland emigrieren würde!)

Dem angeblich fluchtverdächtigen wurde also sein Reisepaß aus- gehändigt, während er sich an einem Orte befand, wo er direkter Bewachung nicht mehr unterlag. Seltsam!

Barmat besitzt den Paß heute noch. Aber die Sache hatte doch ein Nachspiel. Die Angelegenheit wurde nämlich dem Justiz- ministerium mitgeteilt, das Untersuchungen anstellte, als deren Re- sultat das Ministerium den Anfragern die Auskunft gab, daß nach Auskunft sämtlicher Stellen der Paß Barmats noch bei den Akten sei. Aber — siehe da: es war ein Irrtum; es handelte sich bei den Auskünften nicht um den Paß Julius Barmats, sondern Henry Barmats. Und seitdem herrscht Stille über den Bässern. . . .

Die Räumung Essens.

350 Wohnungen zurückgegeben.

Essen, 30. Juli. (W.B.) Die Räumung Essens von den Besatzungstruppen dauert an. Die beschlagnahmten etwa 350 Wohnungen von 2 bis 6 Räumen sind an die Stadt zurückgegeben worden. Die Artillerie ist abgezogen, ebenso die Kavallerie. Befehl sind nur noch kleinere Teile der Schupo- niersräume, die Kreispartakasse, in der sich der Ortskommandant befindet, und das Gebäude des Bergbauischen Vereins, welches von dem Divisionsstab benutzt wird.

Englisch-französischer Meinungsaustrausch.

Hoffnung auf Einigung.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der französisch- englische Meinungsaustrausch in der Sicherheitsfrage dauert fort. Im Laufe des Mittwochs hat das französische auswärtige Amt die Verbalnote geprüft, die der englische Geschäftsträger nach seiner Unterbrechung mit Briand überreicht hatte. Das französische Aus- wärtige Amt hat bisher jede Auskunft über das Ergebnis dieser Prüfung zu einem günstigen Ergebnis geführt habe und eine diese Prüfung zu einem günstigen Ergebnis geführt habe und eine Einigung zwischen den beiden Ländern zu erhoffen erlaubt. Sobald der Meinungsaustrausch in den technischen Detailsfragen vollendet sein sollte, dürften auch die Verhandlungen über die Grundfrage beginnen. Von zuständiger Seite verlautet, es sei nicht unwahr- scheinlich, daß Briand zu diesem Zwecke im Laufe des Monats August sich nach London begeben wird.

Wie jener Rehnig den Reichsbannermann Schulze nieder- schloß, wie die Mecklenburger Fememörder vorgingen, das weiß man. Das war grobe Arbeit. Das kam jeder. Aber die besseren Sachen, die muß man beigebracht bekommen. Da gehört wissenschaftliche Anleitung dazu. Da muß man lange, oft jahrelang üben, ehe man's zum Meister gebracht hat.

Ja, die Herren vom „Stahlhelm“ wissen, wo Deutschlands Jugend der Schuh drückt und haben Verständnis für die Räte der deutschen Jugend, Einfühlungsfähigkeit in ihre Seele. Abhold allem Spintelerien und allem schäblichen Gedankenschaufeln will Deutschlands Jugend, soweit sie dem Jungstahlhelm angehört, lautes Doppel- polen ermorden. Rimmermehr läßt sie sich ihren Anspruch darauf verkneipen. Was den Alten in den Jahren des Krieges recht war, muß dieser Jugend im Frieden billig sein. Schwere Aufgaben barren ihrer. Sie wird ihrer Herr werden. Ein wenig Geduld noch: das Anspringen hat sie schon ganz schön heraus, nur mit der Lautlosigkeit haperi's nach.

Steinlawinen vom Matterhorn. Das Matterhorn, der schönste Felskogel der Penninischen Alpen, der sich an der Grenze zwischen Piemont und dem schweizerischen Kanton Wallis zu einer Höhe von 4505 Meter erhebt, hat sich in Bewegung gesetzt und droht eine ganze Anzahl von Dörfern und Weilern, die sich auf der italienischen Seite im Tournanche-Tal in einer Höhe von 2000 Metern befinden, zu verschütten. Kleinere Steinlawinen gingen in dem genannten Bezirk schon vor vier Wochen nieder, ohne daß die Bewohner jedoch der Sache besondere Aufmerksamkeit schenkten. Dann aber wurden breite Spalten am Abhange des Berges sichtbar und riesige Fels- stücke stürzten auf das Tal nieder. Inländen große Bäume wie Streichhölzer und richteten so großes Unheil an, daß sich die Dörfer um Hilfe nach Turin wandten. Die Bewohner von Uffin, dem größten Dorfe in diesem Alpenort, und von 12 kleineren Dörfern, die dicht an dem Wege der Steinlawinen liegen, mußten nach Breuil geschickt werden, weil man für ihr Leben fürchtete. Herzergreifende Szenen spielten sich ab, als die Bewohner, meistens arme Bauern, abtransportiert wurden. Sie weigerten sich, ihre Häuschen zu ver- lassen, und erklärten, sie wollten lieber sterben, als ihre Heimat aufgeben. Die Soldaten mußten sie mit Gewalt nebst ihrem Vieh und ihrer Habe aus der Gefahrenzone wegbringen. Alpenruppen bewachen nun unter der Leitung von Ingenieuren die gefährliche Stelle, deren Vernichtung zu befürchten ist. Die starke Schneeschmelze dieses Jahres und die schweren Regengüsse in den Alpen sind die Ursachen dieser gewaltigen Steinlawinen.

Photographie auf 8500 Kilometer Entfernung. Photographische Aufnahmen, die auf eine Entfernung von 8500 Kilometer erfolgreich übertragen wurden, sind bei den letzten Randoern der amerikanischen Flotte in Honolulu gemacht worden. Die Uebertragung geschah auf photographischem Wege, und zwar wurden für Dreiviertel der Strecke Telegraphenleitungen, für das letzte Viertel drahtlose Tele- graphie benutzt.

Kino und Pesse. Eine Flugbatteriet Zugschleife hatte in einem Kräfte- scharle Angriffe gegen die Schandkammer gerichtet. Darauf die Kugelhüter der Unterabteilung über das Blatt verhängten. Bis zur Auf- hebung des Postzolls haben jetzt alle Zeitungen der Stadt die Sperreung sämtlicher Kinosankündigungen beschlossen.

Abd el Krim zum Frieden bereit.

Vorbedingung: Unabhängigkeit des Rifgebietes.

London, 30. Juli. (W.B.) Wie „Times“ aus Tanger meldet, hat Abd el Krim zwei Briefe an seine Agenten in Tanger geschickt, um sie den dortigen französischen Behörden zu übermitteln. In dem ersten Briefe besetzt Abd el Krim darauf, daß Tanger der Ort aller etwaiger Verhandlungen sein solle, im zweiten erklärt er seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter der Bedingung, daß ihm zuvor die Zustimmung der Unabhängigkeit des Rifgebietes gegeben werde. Von den in Marokko aufgestellten Bedingungen nahmen die Briefe keine Notiz.

Flottendebatte in England.

Macdonald gegen das Flottenprogramm.

London, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das englische Unterhaus befaßte sich am Mittwoch mit dem geplanten Flottenbau, dessen erste Rate jährlich die Summe von 527 000 Pfund verschlingt und der insgesamt in fünf Jahren die Ausgabe von 58 Millionen Pfund erfordert. Für die Arbeiterpartei sprach Macdonald, der sich gegen den Flottenbau wandte und sich vor allen Dingen gegen die erstrebte Vorherrschaft der Admiralität gegen die Zivilgewalt wandte. Im übrigen bezeichnet er das auf fünf Jahre berechnete Bauprogramm als die Vorbereitung neuer Kriege. Kein Land dürfe angesichts der beruhigten internationalen Lage jetzt irgendwelche Rüstungsvorbereitungen treffen. Am Schluß seiner Rede begründete Macdonald einen Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei, dem sich der anschließende liberale Redner Lloyd George für seine Fraktion anschloß. Auch er wandte sich in scharfen Redewendungen gegen das Flottenbauprogramm. Für die Regierung erklärte der Schatzsekretär Churchill, das neue Bauprogramm solle nur für den Fall der in den nächsten zehn Jahren verfallenden englischen Kriegsschiffe. Ferner erklärte er im Verlaufe seiner Rede, daß England seinen Flottenbau nach dem Einmüßigkeitsstandard richten werde, d. h. die englische Flotte müßte in allen Einheiten auf die Dauer so stark sein, wie die stärkste Flotte irgendeines anderen Landes.

Ablehnung des Mißtrauensantrags der Arbeiterpartei.

London, 30. Juli. (W.B.) Im Unterhaus wurde der Antrag Ramsay Macdonalds, den Flottenbau herabzusetzen, mit 267 gegen 140 Stimmen abgelehnt. Der Erste Lord der Admiralität Bridgeman betonte, daß die richtige Marinepolitik diejenige sei, welche die Sicherheit gewährleistet, nicht aber eine solche Politik, welche eine Kriegsgefahr zu diesem oder jenem Zeitpunkt ins Auge fasse. Die Regierung sei vollkommen bereit, Vorschläge betreffend Abrüstung mit den anderen großen Seemächten zu erörtern, und sie würde dies schon morgen tun, vorausgesetzt, daß die Sicherheit des Reiches nicht beeinträchtigt werde.

Zwischenfälle in der belgischen Kammer.

Rücktritt des Kammerpräsidenten.

Brüssel, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch ist es in der Kammer zu zwei Zwischenfällen gekommen, die geeignet sind, den Bestand der Regierung zu gefährden. Mit 70 gegen 88 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen hat die Kammer einen sozialistischen Zusatzantrag zu dem Gesetzentwurf über die neue Einteilung der Provinzialräte angenommen, durch den die ehemals deutschen Gebiete in einen einzigen Wahlbezirk zusammengefaßt werden. Der Minister des Innern erklärte, diese Abstimmung sei Belgiens unwürdig, und drohte mit seinem Rücktritt, falls der Zusatzantrag auch bei der zweiten Lesung angenommen werden würde. Diese Erklärung des Ministers wurde von den Sozialisten mit lärmenden Zwischenrufen beantwortet, während die Katholiken und die Liberalen dem Minister Beifall spendeten. Als der Kammerpräsident zur zweiten Abstimmung schreiten wollte, entstanden heftige Tumulte, worauf die Sitzung unterbrochen wurde. Ein weiterer Konflikt entstand, als über die Erhöhung der Diäten der Abgeordneten verhandelt wurde. Der Kammerpräsident, der Sozialist Brunet, ist bereits aus Anlaß dieses Konfliktes zurückgetreten.

Der Kampf Chinas gegen England.

Die Lage in Schanghai noch immer bedrohlich.

London, 30. Juli. (W.B.) Wie „Chicago Tribune“ berichtet, hat sich durch die Unfähigkeit der Mächte, ein Abkommen, besonders aber die Ueberbrückung des englisch-französischen Gegensatzes zu erreichen, die Lage in Schanghai zu einem Kampf auf Leben und Tod zwischen den Engländern und Chinesen entwickelt, der das künftige Gedeihen des Hafens in verheerender Weise treffen wird. Die Chinesen ständen gegenwärtig den englischen Interessen so feindselig gegenüber, daß sie augenblicklich eingeschlossen seien, selbst die Vorteile aus der Washingtoner Konferenz daranzusehen, um die finanzielle und kommerzielle Oberherrschaft Englands in Schanghai zu brechen. Die örtlichen Organisationen, wie beispielsweise die Handelskammer, hätten alle ihre Mittel für eine Beilegung des Streites erschöpft. Die erfolglosen Bemühungen, die Schanghaier Zwischenfälle beizulegen, hätten auf die Einkünfte eine sehr nachteilige Wirkung ausgeübt. Viele ausländische Firmen, die durch die Ausschüßungen einmüßig worden seien, beabsichtigen die Aufgabe ihrer Niederlassungen in Schanghai. Die Hafenarbeiter hätten zwar die Arbeit wieder aufgenommen, aber der Streik in der Schiffsahrt und in den Spinnereien lähme den Hafenvorteil vollständig.

Polnisch-russischer Grenzzwischenfall.

Er mordung eines russischen Grenzkommandanten.

Moskau, 30. Juli. (W.B.) Meldung der russischen Telegraphenagentur.) Während einer Inspektion an der Grenze des Bezirks Jampol wurde der Kommandant der Sowjetrussischen Grenztruppen von polnischen Grenzsoldaten ermordet. Die Tat erfolgte nach Ueberführung der Grenze durch die polnischen Soldaten, die alsdann die Leiche verschleppten, erst später wurde die Leiche den Sowjetbehörden ausgeliefert. Im Bezirk Jampol hatten sich bereits in den letzten Monaten mehrere Angriffe regulärer polnischer Truppen auf sowjetrussischen Boden ereignet. Im Zusammenhang hiermit überreichte heute das Volkstommissariat des Auswärtigen der polnischen Gesandtschaft eine Protestdemission. Ferner befragt sich eine gemischte Kommission an die Grenze, um Ermittlungen über die Angelegenheit anzustellen.

Varenne Gouverneur von Indochina.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Es bestätigt sich, daß der sozialistische Abgeordnete Alexander Varenne zum Gouverneur von Indochina ernannt werden soll. Der Präsident der Republik hat am Mittwoch ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Seit Mai 1924 ist Varenne Vizepräsident der Kammer.

Der Waldsee.

In einem nördlichen Vororte Berlins liegt ein kleiner schiffumstandener Waldsee, von Anlagen und Landhäusern umgeben. Uralte Weiden raunen von längst verschwundenen Zeiten als noch der kleine See ein richtiger Waldsee war. Damals wurde er von einer Anzahl Schwimmgögeln bewohnt. Wilde Enten fallen ein, suchten nach Nahrung, erbrüteten wohl auch einmal ihr Gelege, aus dem die kleinen bebenden und munteren Entchen schlüpften. Schwarze Wasserhühner mit weißer Blässe waren meist zahlreich versammelt. Sie führten ein ruhiges Alltagsleben. Im Frühjahr suchte die Jugend der nahen Großstadt nach „Salamandern“ und anderem Wassergetier. Schilf und Binsen hallten wieder von dem frühen Besange geliebter Musikanten. Längst sind die Zeiten vorüber. Der Wald ist bis auf einige spärliche Bäume verschwunden, der kleine See blieb. Er wurde ausgebaggert, die Schilf- und Binsenbestände niedergemacht und ausgerodet. Wilde Enten und die meisten der frühlichen Säger verschwanden, wenige Wasserhühner blieben. Profügler des Pächters jagte auch sie fort, weil sie leicht einmal ein münziges Fischlein mit herunterstürzten. Und Menschenstimmen hallten aus den Anlagen, die eine Bodenaktiengesellschaft geschaffen hat. Während der Kriegs- und der folgenden Jahre wurde der See nicht mehr ausgebaggert und vom Schilf befreit. Das Geld war knapp. Neues Schilf wuchs. Wieder erschienen schwarze Wasserhühner, im Frühjahr und Sommer lassen die Säger ihre Lieder erklingen mitten in der Großstadt, der nun der kleine See gehört. Unter ihnen tritt der Droschkefahrer mit seiner eigenartigen Strophe hervor: „Karre fied, Karre fied“.

5700 Berliner Straßen.

Eine Fülle gleichartiger Straßennamen.

Die Oberpostdirektion Berlin hat ein bei jeder Postanstalt und jedem Briefzusteller für 15 Pf. erhältlich neues Straßenzverzeichnis von Berlin herausgegeben. Ansehen und großer Nützlichkeitswert, weil zu dem Zweck bestimmt, durch Angabe der Zustellpostanstalten die Adressierungen zu erleichtern und die möglichst schnelle Bestellung zu sichern, enthält das Verzeichnis dem genaueren Blick eine Menge des Auffallenden.

Ist man schon erstaunt, beim Aufschlagen der 46 Otkasseiten nicht weniger als rund 5700 Straßen von Groß-Berlin zu finden, so überrascht noch mehr das Sammelverzeichnis in der Straßennennung. Bekanntlich entstand nach der Revolution in den Groß-Berliner Kommunalparlamenten eine Bewegung, die vielen gleichartigen Straßennamen und auch solche, deren byzantinischer Charakter in die Republik schlecht hineinpaßt, auszumergen. Die Bürgerlichen widerstrebten, die Rechtsblätter machten natürlich scharf, und schließlich scheiterte die Sache auch an der Kostenfrage. Wie begründet die Bewegung war, beweist das Straßenzverzeichnis. Man findet da, wobei wir den Namen nur andeuten, beispielsweise folgende Wiederholungen: 7 Mal Thörn, 12 Berg, 22 Berliner, 10 Köpenicker, 8 Dör, 5 Feld, 7 Flora, 10 Frieden, 11 Garten, 6 Grünauer, 7 Grünauer Weg, 13 Haupt, 6 Hedwig, 6 Heide, 8 Hermann, 8 Hubertus, 11 Jäger, 12 Mühlen, 5 Müller, 19 Park, 7 Potsdamer, 5 Ring, 7 Schloß, 9 See, 6 Spree, 8 Strit, 15 Wald, ferner 14 Kirchstrahlen, 12 Schulstrahlen, 12 Lindenstrahlen, 6 Lindenallee, 6 Breite, 5 Krumme, 6 Lange, 9 Mittel-, 11 Kurzstraßen. Sehr oft sind große Musiker und Dichter gedacht, so 6mal Arndt, 8 Beethoven, 5 Fichte, 9 Fontane, 10 Frig-Reuter, 16 Goethe, 4 Kleist, 4 Körner, 11 Lessing, 6 Mozart, 20 Schiller, 5 Wagner, 3 Borling. Ueber ist Smal, Turnoater Sohn Smal, Zeppelin 5mal vertreten. Mehrere hundert Straßennamen erinnern uns noch immer an den einst so blühenden Welzen der Hohenzollern, ihrer Heerführer und anderer Paladine. Wir finden Smal Kurfürsten, 6 Markgrafen, 9 König, 10 Kaiser, 8 Kronprinzen, 11 Kaiser-Wilhelm, 17 Hohenzollern, 5 Prinzen, 20 Wilhelm, 10 Karl, 14 Louise, 8 Albrecht, 6 Augusta, 9 Charlotte, 5 Joachim, 16 Viktoria, 18 Friedrich, 6 Jochen, 7 Bücher, 14 Wolke, 8 Roon, 20 Bismarck, 4 Wfen- und 9 Sedanstraßen. Demgegenüber sind Wissenschaftler und Volksführer, die viele Hunderte markanter Namen hergeben konnten, mit der Laterne zu suchen. Man sieht so recht auch an diesem verkehrten System der Straßennennung, wie Schweifwedelei und Gunk vor Verdienst gehen. In den ehemaligen Dorfgemeinden von Berlin genügte bislang schon ein großer Geldsack, um seinen Namen in einer Straße verewigt zu sehen. Viele Straßennamen unbekannter Herkunft wirken geradezu komisch, so gibt es in Tegel eine „Reinholdergasse“, in Rummelsburg einen „Reinholdstrassenweg“. Rein postalisch betrachtet, ist also die Hauptsache, namentlich bei den sich vielfach wiederholenden Straßennamen stets den Groß-Berliner Ortsteil anzugeben. Die Post hat gar nicht mehr den Ehrgeiz, so feinsinnig zu sein wie früher. Sie will die Mühe sparen, täglich tausende Male im Adressbuch nachzuschlagen, und hat an die Stelle der Feindseligkeit den Grundfals gestellt, das Publikum zu besserer Adressierung zu erziehen.

Freie Fahrt zur Sternwarte.

„Freie Fahrt zur Treptower Sternwarte“, mit Schilfern dieser Luftschiff tennistlich gemacht, die gestern Abend am Hochbahnhof Schleißisches Tor einige Automobile, eine neue und begrüßenswerte Einrichtung der Treptower Sternwarte, die die Besucher jetzt zur Sternwarte frei befördern. Die Wagen erregten natürlich Aufsehen und zahlreiche Neugierige umlagerten die Haltestelle. In knapp 5 Minuten ging es dann zu der Sternwarte, idyllisch inmitten des schönen Treptower Parks gelegen. Dr. Archonhold, Direktor des Institutes, empfing die Gäste und Besucher. Auf dem Programm des Abends stand der sehr interessante Film: „Das große weiße Schweigen“, der seinen Siegeslauf schon durch viele Berliner Kinos genommen hat. Während das Publikum sich in den Eisregionen, in der unendlichen Eiszone des Südpolgebietes aufhielt, nahm Dr. Archonhold Gelegenheit, einigen Besuchern das hochinteressante Museum, die ausgezeichnete Bibliothek, die Zehntausende von Bänden über die Astronomie umfasst, zu zeigen. Als sich dann auch noch der Himmel gegen 10 Uhr abends aufklärte, war es möglich, durch das Riesfernrohr einen Blick auf den „lieben guten Mond“ zu werfen. Das große Fernrohr wurde im Jahre 1896 nach Angaben von Dr. Dr. F. S. Archonhold errichtet. Die Länge des Fernrohrs beträgt 21 Meter, der Durchmesser der Objektivlinse 65 Zentimeter und das Gewicht der beweglichen Linse 2600 Zentner. Das Fernrohr wird durch 4 Elektromotoren bewegt, die alle vom Ostturm aus bedient werden können. Klar lag der teilweise wolkenlose Himmel über dem Institut und gespannt, beinahe überirdisch hob sich die Silhouette des riesigen Rohres vom Horizont ab. Ein warmer Wind wehte vom Wasser herüber und brachte lustige Wellen aus den Treptower Vergnügungsetablissements mit. Hier wohnt und wirkt ein Mensch und Wissenschaftler bald über ein Menschenalter, um die astronomische Wissenschaft dem Volk nahe zu bringen. Ganz im Stillen und doch mit Erfolgen, die seinen Namen weit über die Grenzen des deutschen Landes getragen haben.

Für den Monat August ist wieder ein bemerkenswertes Programm vorgesehen. Der erwähnte Autopendelverkehr findet alltäglich in der Zeit von 7½ bis 11 Uhr und Sonntags bereits von nachmittags 3½ bis abends 11 Uhr statt. Das Auto hält an der Hochbahnhof Schleißisches Tor und unterwegs am Treptower Stadtbahnhof, es ist kennlich durch ein Schild: „Freie Fahrt zur Treptow-Sternwarte“.

Frontbahnhelden.

Vor der Berufungsinstanz des Landgerichts I hatte sich gestern der Kaufmann Moritz U. Linienstraße, wegen Körperverletzung zu verantworten. In der ersten Instanz vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde U. zu einer Geldstrafe von 200 Mark ver-

urteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte U. ist Mitglied des Reichsbanners. In der Silvesternacht 1924/25 kam er in Gesellschaft mehrerer Reichsbannerkameraden die Linienstraße entlang. Er wurde an der Ecke Alte Schönhauser- und Linienstraße von mehreren dort stehenden jungen Leuten belästigt. Er ging ohne zu antworten seinen Weg in Richtung Schönhauser Tor weiter, wurde von den jungen Leuten aber verfolgt und dauernd weiter belästigt. An der Untergrundbahn Schönhauser Tor verbat sich der Angeklagte jede Belästigung. Ohne jeglichen Grund zog einer der jungen Leute eine Stahlrute und wollte auf den Angeklagten hinterrücks einschlagen. Ein Kamerad U. des Reichsbanners bereitete dieses, indem er ihm die Stahlrute aus der Hand riß. In diesem Moment kam es zu einer wilden Schlägerei. Der Angeklagte U. griff in die Tasche, holte seinen Schlüssel heraus und wehrte sich mit diesem. Er verlegte damit einen der Gegner mit Namen P. im Gesicht. Das hinzukommende Ueberfallkommando brachte den Angeklagten, sowie zwei der Gegner nach der Alexander-Kaserne. Dort stellte es sich heraus, daß es sich um schon mehrfach vorbestrafte Mitglieder des Frontbanns handelte. Bei der Durchsuchung der Taschen fand man bei einem gewissen D. eine Stahlrute und einen Schlagring, bei einem gewissen K. fand man einen Revolver und einen Hirschfänger. Der Angeklagte besaß nur ein paar Schlüssel. Die Gegner, die gestern als Zeugen vernommen wurden, erklärten, daß der Angeklagte ein Messer gezogen hätte, was aber von seinen elf vernommenen Zeugen und den Polizeibeamten widerlegt wurde. Das Gericht sah sich veranlaßt, den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freizusprechen und die Zeugen des Frontbanns werden sich demnächst wegen wissentlich falscher Aussage zu verantworten haben.

Gefrierfleisch.

Ueber die hohen Fleischpreise, die in erster Linie den weniger kaufkräftigen Teil unserer Bevölkerung belasten, führen die Verbraucher lebhaft Klage. Es ist daher wohl am Platze, auf den auffallend recht erheblichen Preisunterschied zwischen dem Frischfleisch und dem gefrorenen argentinischen Wastochsenfleisch, das sich mit Recht einer steigenden Beliebtheit erfreut, hinzuweisen, mit Recht auch insofern, als letzteres bei richtiger Zubereitung an Geschmack, Güte und Ergiebigkeit dem Frischfleisch zweifellos gleichkommt. Wie groß die Preispanne ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung:

Rindfleisch:	Gefrier:	Frisch:
Filet . . . per Pfd.	1,10 bis 1,20 M.	2,40 bis 2,60 M.
Roastbeef . . .	1,00 . . . 1,10 .	2,00 . . . 2,20 .
Roulade . . .	0,95 . . . 1,05 .	1,50 . . . 1,60 .
Schmorfl. o. Kn. . .	0,85 . . . 0,95 .	1,40 . . . 1,50 .
Suppenfleisch . . .	0,65 . . . 0,75 .	1,20 . . . 1,30 .
Schaffleisch:		
div. Sorten . . . per Pfd.	0,68 bis 0,92 M.	1,30 bis 1,40 M.

In den feineren Welt vom Magistral der Reußländer Großhandels-gesellschaft übertragenen, nachstehend aufgeführten Verkaufsstellen steht erstklassiges Gefrierfleisch zur Verfügung: Danzigerstraße 64, Bankow, Mühlentor 83, Reußlän, Bergstraße 21; in den Markthallen: Lindenstraße, Stand 1-8; Raddeburger Platz, Stand 54; Juvallensstraße, Stand 71/72 und 44; Treddener Straße Stand 25 und 44, Andrastraße Stand 54; Eisenbahnstraße Stand 67/68 und 89; Turnstraße Stand 18/19 und 5/6; Parbeineplatz Stand 178; Reinickendorfer Str. Stand 78 und 79. Gefrierfleisch ist auch bei vielen Ladengeschäften und in vielen Ständen der Markthallen zu haben.

Kauf Gefrierfleisch! Wir werden darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen voraussichtlich mit einer neuen Steigerung der Frischfleischpreise zu rechnen ist. Es gibt für die Hausfrau nur ein Mittel dagegen: den Kauf von Frischfleisch einzustellen und bis auf weiteres nur Gefrierfleisch zu kaufen.

Die Bücherausgabe der Berliner Stadtbibliothek, Breite Str. 37, bleibt vom 27. Juli bis 8. August 1925 geschlossen. Entlehene Bücher können in dieser Zeit von 10 bis 9 Uhr abgeliefert werden. Der Besessal ist nach wie vor werktäglich von 10 bis 9 Uhr geöffnet.

Zeugen gesucht. Am Donnerstag, den 23. d. M., nachm. 5.25 Uhr, wurde Ade Zimmer- und Fiebertstraße ein junges Mädchen von dem Auto Nr. 9823 überfahren und schwer verletzt. Zeugen des Unfalls werden bittlich gebeten, ihre Eindrücke, mit Namen und Adresse versehen, an folgende Adresse gelangen zu lassen: Wilhelm Barh, Stralau, Altkraut 70.

Verhängnisvolle Verwechslung. In dem akademischen Krankenhaus in Heidelberg ereignete sich ein Fall beispiellosster Fahrlässigkeit, der den Tod eines Menschen herbeiführte. Der Lehrer Fuhs aus Schwellingen sollte wegen eines Magenleidens geröntgt werden. Zuvor wurde ihm von der Krankenschwester der vom Arzt verordnete blühige Brei gereicht. Bereits auf dem Heimwege verstarb Fuhs an Vergiftungserscheinungen. Die furchtbare Ahnung, dem Patienten eine falsche Speise gereicht zu haben, bestätigte die von der Staatsanwaltschaft veranlaßte Obduktion der Leiche. Täuschlich war dem Lehrer Fuhs statt des Breies eine giftige Speise gereicht worden. Nach Bekanntwerden dieses unerhörten Vorfalles bemühtigte sich der Bevölkerung eine begriffliche Erregung.

Jugunglück in Frankreich. Kurz nach Mitternacht entgleiste bei Le Mans ein Schnellzug. Drei Wagen wurden vollkommen zertrümert. Nach den ersten Meldungen wurden drei Personen getötet und 12 verletzt.

Schweres Omnibusunglück in den Vereinigten Staaten. Wie aus New York gemeldet wird, stürzte bei Larrtown ein Omnibus einen Abhang hinab. Dabei wurden 35 Personen zum Teil schwer verletzt.

Absturz eines Flugschülers. Am Donnerstag morgen ist auf dem Flugplatz Bahrenwalder Heide in Hannover ein Flugschüler, der mit einem Schullflugzeug aufgestiegen war, aus großer Höhe abgestürzt. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 30. Juli:

8. U. 1.8 Uhr Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3. Gebührensamen: Rote Schale, Götterburger Straße 2. Vortrag: Das ist der Krieg. — Johannisthal: Rathaus, Diskussion: Unter Reichsherrschaft.

Verbelegte Reußen: Alle Mitglieder treffen sich zur Propaganda-Vorbereitung um 8 Uhr im Verbelegten, Raddeburger Platz. Verbelegte Kreuzberg: Jugendheim, Lindenstr. 3. Verbelegte mit Ueberverammlung. Vortrag: Der internationale Gebante.

Reinickendorfer Verbelegte: Freitag, den 31. Juli, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Landgemeindefeuer, Sophienstr. 20. „Die Sozialistische Arbeiterjugend“.

Arbeiterport.

„Korb-Ök.“ Kampfabend. Heute abend 8 Uhr gelangt im Kampfabend, Orstburger Straße 7, der Kampfabend der Sportvereine „Korb-Ök.“ zur Abwicklung. In drei Kämpfen im Bogens, Jiu-Jitsu und Ringen zwischen erster Berliner Klasse bilden das gelungene vielseitige Sportprogramm. Eintritt: Jugendliche 40 Pf., Erwachsene 80 Pf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiter-Radio-Klub, Bezirk Reußlän, legt jeden Freitag, 8 Uhr, Restaurant „Pauer, Panier- Ecke Fiebertstraße, Gehr willkommen. Am 8. August Raddeburger nach Raddeburger. Eintritt im Raddeburger.

Gewerkschaftsbewegung

Schmäherung der deutschen Bergarbeiterschaft.

Die deutschen Bergarbeiter sind gegenwärtig in einer furchtbaren Situation. Wegen die rigorosen Maßnahmen der Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet, die Feierschichten, Betriebseinsparungen und Stilllegungen sind auch nur teilweise aus rein produktiven Gründen rechtfertigen lassen. Tatsache ist, daß der Ruhrbergbau eine schwere Krise durchmacht, der Absatz der Kohlenförderung sinkt. Daß die Unternehmer diese Situation strupellos ausnützen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit, eine Verminderung der sogenannten sozialen Lasten, um steuerliche Begünstigungen, um finanzielle Zuwendungen aus Reichsmitteln zu erzielen, ohne Rücksicht auf die Bergarbeiterschaft und die Bergarbeitergemeinden, das steht auf einem anderen Blatt.

In dieser Situation wäre dem Unternehmertum nichts erwünschter als Verzweiflungsausbrüche der Bergarbeiter, ein allgemeiner Bergarbeiterstreik, dem sie in aller Gemütsruhe zusehen könnten, bis ihre Halben geräumt sind.

Im Saargebiet streiken 74000 Bergleute. Sie stehen zwar unter französischer Verwaltung, sind aber trotzdem deutsche Bergarbeiter.

Auch in England steht die Bergarbeiterschaft in einem schweren Konflikt, der zum Streik führen kann. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat in seiner Pariser Entschliessung („Vorwärts“ Nr. 35) festgestellt, daß die kapitalistische Profitwirtschaft die Erzeugung der Kohlen über die Bedürfnisse des Verbrauchs hinaus gesteigert hat. Es fordert daher die Verstaatlichung der Kohlengruben, um eine internationale Regelung der Produktion herbeizuführen. Das Internationale Komitee beschloß weiter, den englischen Bergarbeitern das Höchstmah an Hilfe in ihrem Kampfe gegen die Grubenbesitzer anzubieten zu lassen. Für den Fall, daß die englischen Grubenbesitzer am 1. August ihr Vorhaben ausführen, die Arbeiter zum Kampf zwingen, soll eine internationale Aktion unternommen werden. Sollte der Streik nicht sofort durchführbar sein, dann soll die Produktion in den einzelnen Ländern herabgesetzt werden, so daß sie keine Schädigung der englischen Bergarbeiter bedeuten. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation soll die Ausfuhr von Kohlen verhindern.

Nachträglich wurde bekannt, daß die Vertreter der deutschen Bergarbeiter im Exekutivkomitee sich gegen die Proklamation eines allgemeinen Streiks gewandt haben, was von der französischen Nationalistenpresse gegen die deutschen freigewerkschaftlichen Bergarbeiterführer auszuschlachten versucht wird.

Wer die gegenwärtigen Verhältnisse im Ruhrgebiet einigermaßen kennt und beachtet, daß ein beträchtlicher Teil der Ruhrbergleute christlich organisiert ist, wer den Niesenkampf im Saargebiet nicht übersehen will, der muß das Verhalten der deutschen Bergarbeitervertreter durchaus billigen. Die Entschliessung des Exekutivkomitees zeigt denn auch, daß es für die Stellungnahme der deutschen Vertreter das nötige Verständnis aufgebracht hat.

Trotz alledem macht sich das Berliner Bolschewistenblatt zum Unwakt der angeblich über die zwangsläufige Haltung der deutschen Bergarbeiter empörten englischen Arbeiterschaft und behauptet, die Spitzen des deutschen Bergarbeiterverbandes wollten den kämpfenden englischen Bergarbeitern in den Rücken fallen.

Zu dieser von blindem Haß gegen die deutschen Gewerkschaften im allgemeinen und den deutschen Bergarbeiterverband im besonderen diktierten schamlos niederträchtigen Verdächtigung, zu dieser moskowitzischen Charakterlosigkeit, die zynisch über die Rot der deutschen

Bergarbeiterschaft hinweggeht, um sich bei den englischen Gewerkschaften anzubiedern, braucht man kein Wort zu verlieren. Sie richtet sich von selbst.

Streikversammlung der Bauarbeiter.

In der am Mittwoch nachmittag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Generalversammlung des Bauarbeiterbundes berichtete Drügemüller über die allgemeine Streiklage. Bekanntlich sei der Kampf im Baugewerbe nicht nur ein Kampf der Bauunternehmer gegen ihre Arbeiter, sondern ein Kampf der gesamten Industrie gegen die deutsche Arbeiterschaft. Die Unternehmer wissen wohl, was eine erfolgreiche Beendigung dieses gewaltigen Kampfes zugunsten der Bauarbeiter bedeutet. Sie fordern deshalb alle Unternehmer, selbst die Kleinsten, mit denen sie sonst nie etwas zu tun haben wollten, zur strengsten Solidarität auf. Bei den Verhandlungen am Sonnabend voriger Woche versuchten die Unternehmervertreter, die Verantwortung für die Folgen des Streiks den Bauarbeitern zuzuschreiben. Sie mühten aber sehr bald von ihrem hohen Ross herunter, weil sie den Beweis der Arbeitervertreter nicht entkräften konnten, daß die Unternehmer allein die Verantwortung für die Weiterführung des Streikes triffen. Wenn die Unternehmer glauben, die Berliner Bauarbeitererschaft zermürben zu können, so irren sie sich darin ganz gewaltig. Angesichts des Vorgehens der Unternehmer müssen die Berliner Bauarbeiter ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit geschlossen hinter den Beschlüssen der Zentralstreikleitung stehen. Kein Bauarbeiter dürfe mehr auf die Parolen der Ausgeschlossenen hören. Wenn die Ausgeschlossenen gegen die Beschlüsse der Streikleitung weitem, tun sie das nur, um für ihre Sonderorganisation Vorteile zu ergattern. Es gilt nach wie vor, geschlossen hinter der Zentralstreikleitung zu stehen und in die wartende Front der Unternehmer weiter Breche zu schlagen.

Nach einer regen Diskussion wurde nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen vor dem Schlichter. Sie billigt den Entschluß der Zentralstreikleitung als Antwort auf die Stellungnahme der Unternehmer. Die Generalversammlung befindet sich in Uebereinstimmung mit dem Willen der Berliner Bauarbeitererschaft, den Starrsinn der Unternehmer zu brechen.

Teiltweise Einigung in der Holzindustrie.

Eine stark besuchte Versammlung der Vertrauensmänner des Berliner Holzgewerbes nahm am Dienstagabend in den Andreaskais-Festsälen zu dem Stand der Lohnbewegung Stellung. Der Bevollmächtigte Boese schilderte den Verlauf der Verhandlungen und das Verhalten der Arbeitgeber zu den Lohnforderungen. Trotz mehrmaliger Auseinandersetzungen konnte eine Einigung auf der ganzen Linie nicht erzielt werden, so daß zur Stunde nur ernsthaft über das in letzter Stunde gemachte Angebot der „Freien Vereinigung“ gesprochen werden kann.

Mit den „Vereinigten Verbänden“ sind die Verbindungen abgebrochen, weil die bisherigen Angebote unannehmbar sind. Nach Lage der augenblicklichen Situation ist auch dann ein Teilkampf nicht aus dem Wege zu gehen, wenn die neuen Vorschläge der „Freien Vereinigung“ zu einem Lohnabschluß mit dieser Gruppe führen. Die „Vereinigten Verbände“ wollen durch ihr Angebot nur eine schöne Geste, aber keine Lohnzulage machen. Daß die Berliner Holzarbeiter einem Vorschläge zustimmen sollen, bei dem die leistungsfähigsten Arbeitnehmer und die Akkordarbeiter leer ausgehen, dürfte selbst Herr Baeth nicht glauben.

Der erneute Vorschlag, den die „Freie Vereinigung“ gemacht hat, besagt: Ab 17. Juli erhöhen sich die Löhne aller Facharbeiter um 8 Pf. = 8 Proz. der Vertragslohn beträgt somit 103 Pf. Die Akkordzuschläge betragen 7 Proz. Die Löhne der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen erhöhen sich um 6 Proz.

Das Abkommen soll bis zum 9. Oktober gelten. Dem Bericht folgte eine lebhafte Debatte, in der einmütig das magerere Ergebnis und die lange Befristung bemängelt wurden.

Kommunistische Rehrer glaubten, bei dieser Gelegenheit wieder einmal im träben zu fischen, indem sie die „Schulfrage“ der ganzen Verhältnisse aufzuröden versuchten. Die Antwort ist den bekannten Phrasenlogik durch die Zwischenrufe gegeben worden.

In seinem Schlusswort wies Boese zunächst die durch nichts bemessenen Angriffe Blatschudas auf die Verwaltung zurück und betonte, daß Borstand und Verwaltung die Vorbereitung für etwaige Kampfmaßnahmen getroffen hätten. Die Entscheidung liege bei den Funktionären. Die nunmehr vorgenommene Abstimmung ergab eine geringe Mehrheit für Annahme des von der „Freien Vereinigung“ gemachten Angebots.

Es wird nunmehr an den Vereinigten Verbänden liegen, für Ruhe in ihren Betrieben insofern zu sorgen, daß sie diesem Abkommen beitreten. Sollte diese Gruppe jedoch ihren bisherigen Standpunkt beibehalten, ist mit größeren Arbeitseinstellungen zu rechnen. Die Vertrauensmänner wurden verpflichtet, in ihren Betrieben vorfällig zu werden und im ablehnenden Falle der Verwaltung davon Kenntnis zu geben.

Der Konflikt in der Rheinschiffahrt beigelegt.

Essen, 29. Juli. (Zf.) Bei den Verhandlungen in Duisburg über die von den Rheinschiffahrts-Organisationen beantragte Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedspruch für die Rheinschiffahrt haben die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen, womit der Lohnkonflikt in der Rheinschiffahrt beigelegt ist.

Bergarbeiterstreik im Bezirk Obernkirchen.

Stadthagen (Schaumb.-Lippe), 29. Juli. (Zf.) Seit dem 24. Juli streiken die Bergarbeiter im Bezirk Obernkirchen. Die Streiklage hat infolern eine Verschärfung erfahren, als die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind. Zurzeit streiken 2700 Bergleute in vier Förderkächten und drei Stoßbetrieben. Nur auf den Kohenanlagen bei Lindhoif wird gearbeitet. Außerdem werden die Reifbandarbeiten verrichtet.

Die Saar-Delegation beim Bergarbeiter-Kongress.

Paris, 30. Juli. (Zf.) Bevor die Vertreter des Saarländischen Bergbaus Paris verließen, hatten sie noch eine Besprechung mit den Vertretern des in Paris tagenden Internationalen Bergarbeiterkongresses.

Zum Konflikt im englischen Bergbau.

London, 30. Juli. (Zf.) Gestern Abend ist der Kabinetrat neuerdings zusammengetreten, um sich mit der Lage im Grubenkonflikt zu befassen. Es heißt, daß trotz der ungelösten Krise der Standpunkt der Regierung unverändert geblieben sei. Nach dem offiziellen Communiqué haben die Unterhandlungen auch gestern Abend bis um 11 Uhr zu keiner Einigung zwischen den beiden Parteien geführt. Der Sekretär der Grubenarbeiter, Cool, erklärte nach 12 Uhr, daß die Lage hoffnungslos sei. Die Besprechungen wurden auf heute vormittag 10 Uhr verschoben. Baldwin, der zuerst die Grubenarbeiter und dann die Grubenbesitzer empfangen hatte, hat gestern während 14 Stunden ohne Unterbrechung verhandelt.

Bankangestelltenstreik in Frankreich.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der seit einigen Tagen andauernde Streik der Bank- und Wärsenangestellten von Pariseille hat nun auch die Angestellten der Banque nationale de credit in Paris veranlaßt, sich an dieser Bewegung zu beteiligen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Nach Schluß des Salzen-Ausverkaufs ist es erntlich zu hören, daß das bekannte Schuh-Fabrikat „Königsstraße 11“ mit seinen Filialen in Kottbus, Berlin 13 und Potsdam weiter als auch große Kassen neu ihrer Preise zu überhöhen billigen Preisen, bei guter Qualität, zum Verkauf bringt. Diese Preise sind so außerordentlich billig, daß jedermann die Gelegenheit wahrnehmen sollte, seinen Bedarf bei dieser Firma zu decken.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Mathias Sabruner; Gewerkschaftsbewegung: J. Eisner; Redaktion: Dr. John Schlimm; Fotos und Grafiken: Fritz Kahlert; Anzeigen: Ed. Glaser (amtlich in Berlin). Verlag: „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. H. Lindenstraße 1.



SCHWEIZER-MUSIKHAUS

Musikapparate, Musikinstrumente
diskret auf Teilzahlung ohne Aufschlag!!!

Großes Lager in Parlophon- u. Bekaplatten. — Eigene Reparaturwerkstatt.
Schönhauser Allee 130, Reinickendorfer Straße 117,
Badstr. 57, Brunnenerstraße 25, Grünauerstraße 5, Weissensee, Berliner Allee 21

SASSE

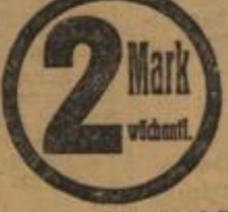
Metallobststellen
Korbuhel, Kinderwagen



Diskret Teilzahlung bei sofort. Lieferung
BALL
Gr. Frankfurt, Str. 47 gegenüb. Markussstr.
Reparaturen anrufen Alex 3186

Zurückgehört
Dr. Adolf Glaser
Kottbuser Damm 5

Und geht einmal das Geld zur Neige



auf Kredit bei Arthur Scheige Garderobe

für Damen und Herren
Gardnen • Wäsche • Teppiche • fertige Betten
Neu aufgenommen: Metallobststellen
Oberschöneweide, Siemensstraße 14

Zweites Geschäft: Moabit, Erasmustraße 1

Jeder Käufer erhält bis zum 1. August ein Kaffee-Service gratis.

Gardinen

Sonderangebote - Gelegenb. - Käufe in Resten
Stures, Bettdecken, Matras- und Kissen Gardinen.

Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 57 am Ringbahnhof.

Gegen Schwaben

gibt es ein tauberes Mittel, das nicht eine mehr übrig läßt. Reicher's „Poudre Martial“, das höchste Miltelmittel von verheerender Kraft, zerstört die Brutstätten. Man nehme nur Originalpatentungen und vermeide Nachahmungen. Größe II 1.40, Gr. III 2.00, I 2.50. Kleinverteilung Otto Reichel, Berlin SO 42, Glienbahnstr. 4. In Prologien erhältlich, oder echt nur mit der berühmten Marke

Tod und Teufel

Sonnenbrand Hautschäden

verhütet unser

Zeozon - Creme

Glanz Anerkennung von erst. Kräu. Autorität. Ueberall erhältlich.

Kopp & Joseph Berlin

Herrn-Halbschuh
Rand weiß gedoppelt mod. Form, braun oder schwarz, echt Boxridg **9⁸⁰**

derselbe schwarz Boxridg mit gr. Nubuk-Einsatz **12⁸⁰**



Herrn-Halbschuh
braun und schwarz in verschiedenen Zusammenstellungen **11⁹⁰**

Herrnstiefel 7.00, 8.00 **6⁹⁰**

Herrnstiefel braun od. schw. mod. Form, gut. Fabr. **11.00, 14.00, 16.00** **9⁸⁰**

Orig. Goodyear Welt
Herrenstiefel, echt Boxridg, sehr gute Mat. **12⁵⁰**

Herrn-Sportstiefel, braun od. schwarz geschl. Leinwand besetzt **11⁹⁰**

Billige Ultimo-Woche

2500 Paar weiße Leinen-Damen-Schuhe (darunt. 600 P. hochleg. Pumps mit farb. od. weiß. Streifen u. geschw. Absatz). Schnürschuhe u. Spangenschuhe, gutes reelles Fabrikat, gute Ledersohlen. **2.90, 3.90** **1⁹⁵**

3000 Paar Affenhautschnürschuhe Wildleder lmt., grau, braun u. schwarz, moderne Formen, gute Ledersohlen. Größe 36-39, sehr elegant und praktisch. Serie I **4.90**, Serie II **3.90** **2⁹⁵**

Sandaalen, Kinderschuhe, Turnschuhe, Hausschuhe in großer Auswahl billig!

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 // Kottbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54

Damen-Spangen u. Schnürschuhe, amerikanisch Absatz, sehr modern, Spange **5.90**, Schnür **4⁹⁰**

Ein Poden **Lack, Boxkalf** und **R'cheveau**, braun u. schwarz, Spange und Schnür, mit Louis XV. oder halbhohem Absatz. **9.80**, **7⁹⁰**

Hochelegante Luxuschuhe
Lack, Nubuk, Stämielchler, braun Boxkalf in versch. Kombination, amerik. oder Louis XV. Abs., neueste Moderschläge, **16.00, 14.90, 13.90, 12.90**, **11⁹⁰**

Reformschuhe, braun lmt., sehr leicht und bequem, aber sehr haltbar **11⁹⁰**